

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 9/44. Jahrgang

September 2013

Schutzgebühr: 0,40 €

## Stadtwerke steigern Profit – wir müssen zahlen

Die Stadtwerke Gießen (SWG) haben ihren Geschäftsbericht 2012 vorgelegt. Wieder konnten sie ihren Gewinn steigern, auf 7,6 Millionen Euro. 2,5 Millionen davon fließen direkt in die Stadtkasse, 3 Millionen in die Rücklagen. Wenn sich die SWG (zuständig für Strom, Gas, Wärme, Verkehr Bäder) mit kostendeckenden Preisen begnügen würden, bräuchte im Durchschnitt jeder Giesener 100 Euro im Jahr weniger. Diese 100 Euro sind so etwas wie eine verdeckte Kopfsteuer für jeden, vom Baby bis zum Greis. Diese Steuer wird nicht nach Einkommen oder

Vermögen erhoben, sondern nach Strom-, Gas- und Wärmeverbrauch. Seitdem die SWG im Juni 2006 mit den Stimmen von CDU/FWG/FDP/SPD - in eine AG umgewandelt wurde, werden Gebührenerhöhungen nicht mehr im Stadtparlament sondern hinter verschlossenen Türen entschieden. Seither kalkulieren die SWG auf rein kapitalistischer Grundlage: Profit.

Die Finanzierung von Staat und Kommunen wird immer ungerechter. Die Reichen, Banken und Konzerne haben jede Menge Möglichkeiten, Steuern zu vermeiden. Die Normalbürger

werden abgezockt, per Lohnsteuer, Mehrwertsteuer und Gebühren für Strom, Gas und Wärme. Damit diese Umverteilung von unten nach oben aufhört, brauchen wir nicht nur eine völlig andere Politik sondern ein anderes System. Gernot Linhart

### Inhalt:

Snowden/Merkel oder Steinbrück?	S.2
Stolperstein/AK 44/Staufenberg	S.3
9 Jahre Montagsdemo/Bahn-Desaster	S.4
Vor+nach Wahlen/Atyp.Beschäftigt.	S.5
BI: kein Zaun um Schwanenteich!	S.6
Griechenland/Leserbriefe	S.7
Wahlaufruf/Termine	S.8

## DKP: Krieg gegen Syrien verhindern!

Einige NATO-Staaten stehen nach eigenen Aussagen kurz vor Kriegshandlungen gegen Syrien. Neben den USA und Israel fordern vor allem Frankreich und Großbritannien Militärschläge. Auslöser der Drohungen ist ein Giftgaseinsatz in der Region Damaskus. Bisher ist völlig unklar, wer dafür Verantwortung trägt.

Die Aussagen der von den NATO-Ländern unterstützten und bewaffneten Opposition stehen gegen die der syrischen Regierung. Doch noch bevor die UN-Untersuchung begonnen hat wurden die Kriegstromele gerührt.

Es darf keine deutsche Beteiligung an einem Kriegseinsatz gegen Syrien geben.

Wir rufen alle Parteien und die Bundesregierung auf, sich öffentlich allen Kriegsplänen entgegenzustellen. Der Konflikt würde sich sofort auf den Libanon und die Region ausweiten.

Wir rufen die Bundesregierung auf, bei den USA, anderen Verbündeten, innerhalb der EU und der NATO eindeu-



tig gegen alle Angriffspläne Stellung zu beziehen. - Wir rufen die Regierungen Russlands und der VR China auf, alle diplomatischen Mittel wahrzunehmen um diesen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu verhindern.

Die DKP sagt: Hände weg von Syrien! Keine Stimme den Kriegsparteien!

Die DKP ruft auf: Protestiert überall gegen den Krieg!

Vollständiger Text: <http://news.dkp.de/2013/08/dkp-haende-weg-von-syrien/>



**Für Frieden und Sozialismus!**



# Wer ist der Kriminelle ?

Obama verspricht: Edward Snowden, der die Öffentlichkeit über die weltweiten Überwachungs- und Spionagetechniken von US-Diensten aufklärte, müsse in den USA weder Todesstrafe noch Folter fürchten. Gerade kurz zuvor ist Bradley Manning, der über die Folter im Irakkrieg informierte, zu 35 Jahren Haft verurteilt worden, der ehemalige CIA-Mann Kiriakou, der u.a. die USA Folter durch Waterboarding bekannt machte, sitzt auch heute noch im Gefängnis. Die Cuban Five, die den US Behörden Informationen über eine exilkubanische Terrororganisation gaben, wurden für Jahrzehnte weggesperrt.

Die Folterer selbst sind frei und John Brennan, der während der intensivsten Folterjahre das „Terrorist Threat Integration Center“ der CIA leitete, wurde von Obama zum CIA-Direktor ernannt.

Selbst konservative US-amerikanische Publizisten wie Charles Krauthammer bemerken eine „sonderbare“ Ethik Obamas – bei seinem Drohnenkrieg, bei dem bisher Tausende ermordet wurden, sei Obama Ankläger, Geschworener und Scharfrichter in einem. Er vollstreckt Todesurteile an von ihm als schuldig befundenen Personen genauso, wie an Unschuldigen, die sich in der Nähe befinden. Die herrschende Klasse definiert wie selbstverständlich Recht und Unrecht, vergibt ihre Friedensnobelpreise und versenkt andere für Jahre in Gefängnissen.

Bevor hier nicht einiges vom Kopf auf die Füße gestellt worden ist, empfehle ich Snowden weit weit weg von den USA zu bleiben. Sabine Albrecht

"Hallo, Herr Maier! Sie haben seit Wochen ein heimliches Verhältnis mit ihrer Schwägerin. Falls Sie nicht wollen, dass das bekannt wird, überweisen Sie bitte 10.000 € auf unser u.a. Konto. MfG, Ihre NSA."



Arbeiter heißen Arbeiter,  
weil sie arbeiten.

Unternehmer heißen Unternehmer,  
weil sie etwas unternehmen.



Würden die Arbeiter etwas unternehmen,  
müßten die Unternehmer arbeiten.

## Ob Merkel... Steinbrück... - ganz egal, in Deutschland herrscht das Kapital!

Daß dieses System, in dem seit Jahrzehnten Ausbeutung, Armut, Arbeits- und Ausweglosigkeit und nun noch Kriege zunehmen, faul ist, wird inzwischen kaum noch von jemandem bestritten. Früher waren es nur Kommunisten und linke Gewerkschafter, die anprangerten, daß die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Heute ist der im

Einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament niederhalten und zertreten soll – das ist das wirkliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus... auch in den allerdemokratischsten Republiken. (Lenin)

Grundgesetz (Artikel 20/1) verankerte Anspruch „die BRD ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ für alle sichtbar zur Farce verkommen. Der Wille nach Frieden und sozialer Gerechtigkeit wird von allen Bundesregierungen - egal wer dran ist – mißachtet und dem Profit untergeordnet. Den Rekord hierbei halten nicht etwa CDU/FDP sondern SPD/Grüne (s.Kasten rechts unten), die mit der Agenda 2010 nicht nur gesetzliche Armut pur (Hartz IV) sondern auch die Kriegsführung eingeführt haben.

Zu Recht wird den Politikern, die jetzt das Blaue vom Himmel versprechen und vom Umverteilen reden, nicht mehr geglaubt - auch nicht, wenn sie sich gegen ein „Zweiklassensystem im Bildungs- oder Gesundheitswe-

sen“ wenden, das Klassensystem selbst aber nicht antasten wollen..

Denn genau hier liegt die Ursache allen Übels. Die BRD ist eine Zweiklassengesellschaft (auch wenn das differenziert werden muß). Es gibt die Klasse derer, die darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können. Und es gibt die Klasse derer, die im Besitz der Produktionsmittel, Immobilien... sind, die diese Arbeitskraft kaufen - in dem Maß, wie sie für ihren Profit gebraucht werden. Das ist Kapitalismus.

Wären die Produktionsmittel, Immobilien... im Besitz der arbeitenden Menschen, könnte die für Herstellung aller Waren und Dienstleistungen notwendige Arbeit auf alle verteilt und die Arbeitszeit auf 30 Stunden gesenkt werden. Und die riesigen Profite könnten zum Wohl der Menschen verwendet werden. Das nennt man Sozialismus. Den fürchten die Herrschenden wie der Teufel das Weihwasser, weswegen sie ihn verleumden und Lügen über Lügen verbreiten. Erika Beltz

Die Regierung Schröder/Fischer hat in nur sieben Regierungsjahren im internationalen Vergleich die größte bekannte Umverteilung des Sozialprodukts der letzten Jahrzehnte zu Lasten der Lohnquote bewirkt (sie sank von 2000 bis 2007 um 9 Prozentpunkte). Damit wurde Deutschland innerhalb eines Jahrzehnts wieder in die Verteilungsverhältnisse der 50er Jahre zurückkatapultiert. (W. Seppmann: Ausgrenzung und Herrschaft)

# Stolperstein für Hans Rosenbaum

Nach jahrelangen Bemühungen wurde nun endlich auch ein Stolperstein

für den Kommunisten und Widerstandskämpfer Hans Rosenbaum in Gießen verlegt. Da es das Teufelslustgärtchen, wo Hans Rosenbaum zuletzt wohnte, nicht mehr gibt, wurde der Stein in der Katharinen-gasse 11, der nächstgelegenen Straße, verlegt.

Hans Rosenbaum war 1937 mit acht weiteren Antifaschisten (darunter der Gießener Kommunist Walter Deeg) verhaftet und wegen „Hochverrats“ zu fünf Jahren



Hans Rosenbaum (1906 - 1945), Kommunist und Widerstandskämpfer.

Nach seiner Haft im Zuchthaus Butzbach kam Hans Rosenbaum in das

Aschendorfer Moorlager und 1942 ins KZ Buchenwald; am 27. Februar 1945 wurde er im Nebenlager Nordhausen ermordet.

Den Initiatoren, Erika und Michael Beltz, geht es darum, die Erinnerung an die Verbrechen der Nazis wach zu halten und aller Opfer, die von den Faschisten verfolgt wurden, zu gedenken. Juden, Sintis, Roma, Zeugen Jehovas, Homosexuelle und Behinderte waren neben

Kommunisten, Sozialdemokraten und Christen aus dem Widerstand Opfer und dürfen nicht vergessen werden.

Wir Kommunisten sehen diese Erinnerungskultur gleichzeitig als Aufforderung zum Handeln, zum Kampf gegen Faschismus und Krieg. In einer kurzen Ansprache sagte Michael Beltz: „Wir weisen aber auch auf die

*Ursachen des Emporkommens der Nazis hin. Faschismus in Deutschland wurde ermöglicht durch das Kapital. Kapitalismus bekämpfen heißt für uns auch, den Faschisten den Boden zu entziehen.“*



Nach der Verlegung sprach Michael Beltz

Zuchthaus verurteilt worden. In der Anklageschrift hieß es, daß er „einen organisatorischen Zusammenhalt hergestellt und aufrecht erhalten, sowie die Massen durch Verbreitung von Schriften beeinflusst habe.“

## Kein Fußbreit den Rechten in Gießen

Nach diesem Grundsatz handelten etwa 150 Antifaschistinnen und Antifaschisten und stellten sich gegen reaktionäre "Pro Deutschland"-Leute, die in provokanter Manier im Alten Wetzlarer Weg vor dem Infoladen eine "Kundgebung"



durchführen wollten. Unter den ganzen 6 erschienenen Rechten befand sich auch ein ehemaliger NPD-Funktionär.

Das Großaufgebot der Polizei war auch zur Stelle.



## Staufenberg: Hindenburgstraße umbenennen

An den Magistrat von Staufenberg Sehr geehrte Damen und Herren, der Kreisverband der DKP Giessen begrüßt das Staufenberger Engagement gegen die im Lumdatal auftretenden Nazis. Mit Unverständnis müssen wir jedoch feststellen, dass in der Kernstadt Staufenberg immer noch eine Straße nach dem Reichspräsidenten Hindenburg benannt ist, der Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannte, und somit wesentlichen Anteil an der Machtübergabe an die Faschisten hatte.

Wir halten dies für ein falsches Zeichen, gerade auch im Kampf gegen Faschismus und fordern daher die Stadt Staufenberg auf, den Straßennamen „Hindenburg“ durch einen über Parteigrenzen hinaus anerkannten Antifaschisten zu ersetzen. Der Name könnte im Rahmen eines Schulwettbewerbes an der Clemens-Brentano-Schule gefunden werden, da diese Schule in der Vergangenheit schon durch ihr antifaschistisches pädagogisches Engagement in Erscheinung getreten ist.

Mit freundlichen Grüßen  
Kreisvorstand der DKP,  
i.A. Erika Beltz

**uz** unsere zeit  
Sozialistische Wochenzeitung

**Woche für Woche  
Antikriegszeitung**

Wochenzeitung der DKP  
**10 Wochen kostenlos testen**

CompressVerlag, Hoffnungsstr. 18, 45127 Essen

# Neun Jahre Montagsdemo gegen Hartz IV

Vor nunmehr 9 Jahren, am 6. September 2004, gingen auch in Gießen – wie in 235 anderen Städten der BRD – die Menschen erstmals auf die Straße um gegen Hartz IV zu protestieren. Dieser Protest wird bis heute fortgesetzt; an jedem Montag von 18 bis 19 Uhr ist bei den drei Schwätzern sichtbar: „Weg mit Hartz IV“. Ein solcher kontinuierlicher Protest über viele Jahre sucht seinesgleichen. Viele Menschen wissen nicht mehr so genau, was es denn auf sich hat mit Hartz IV, viele wenden sich gegen die Sanktionen, gegen die Schikanen, gegen das System der Demütigung und natürlich gegen die lächerliche Summe, von der die Menschen leben sollen: 382 Euro/Monat!

Aber nur wenige wissen noch, wie es dazu gekommen ist. Früher erhielten Arbeitslose Arbeitslosengeld, bemessen am vorherigen Einkommen. Dann wurden im Zuge des Sozialabbaus Langzeitarbeitslose mit der „Arbeitslosenhilfe“ abgespeist, die schon

damals oft nicht viel mehr als die Sozialhilfe betrug. Schließlich beschlossen SPD/Grüne die „Zusammenlegung der Arbeitslosen- und So-

für die Dauer der Arbeitslosigkeit ausbezahlt werden muß - finanziert durch die Arbeitslosenversicherung als Bestandteil der Sozialversicherung, wie es früher war. - Daß darüber hinaus Mindestlöhne und –renten eingeführt werden müssen und das Sozialgeld erhöht, versteht sich von selbst.

Auch das Recht auf Arbeit ist ein Menschenrecht, das in der UN-Charta der Menschenrechte verankert ist. Das muß den Menschenrechts-Aktivistinnen, die vorwiegend in anderen Ländern nach Verstößen suchen, ins Stammbuch geschrieben werden.

Die Montagsdemonstranten treten weiter für die Abschaffung von Hartz IV ein. Angesichts des kommenden 10jährigen Jahrestages wollen sie ihre Aktivitäten verstärken und dazu ein Komitee gründen. Interessierte und Unterstützer sollten montags mal vorbeikommen! Erika Beltz



zialhilfe“, und damit das System Hartz IV. Diese Vorgeschichte kennen viele nicht mehr, die heute fragen: **Wenn Hartz IV weg ist, was soll dann kommen?**

Die Antwort ist einfach: Wiedereinführung des Arbeitslosengeldes, das

## Profitprinzip ruiniert die Bahn

Was wünschen sich die meisten Menschen von der Bahn? Sie soll uns möglichst preisgünstig, pünktlich und sicher an unser Ziel bringen, egal ob wir privat, beruflich oder zur Ausbildung unterwegs sind. Manche wünschen sich aber was ganz anderes: Daß sie möglichst hohe Gewinne einbringt und an profitgierige Investoren verkauft werden kann. Letztere sind zwar nur wenige, trotzdem haben sie die Oberhand gewonnen. Sie haben ihre Leute in der Regierung, egal, wer die gerade stellt. Die oberen Ränge des Managements sind mit ihren Interessenvertretern besetzt. Die Folgen bekommen die Bahnkunden seit Jahren zu spüren, die Teilstilllegung eines Bahnhofes wie Mainz ist nur eine besonders krasse Folge. Seit Gründung der Bahn AG aus Bundesbahn und Reichsbahn (das war

die Bahn der DDR) wurde etwa die Hälfte des Personals abgebaut. Die Beschäftigten wurden nur noch als Kostenfaktor gesehen, der gesenkt werden muß. Daß für den reibungslosen Betrieb genügend Menschen mit



Fachkenntnissen und Erfahrung notwendig sind, ist den fachfremden Spitzenmanagern völlig fremd. Die vom Bund bezahlten Investitionsmittel wurden fast nur noch in Prestigeob-

jekte wie neue ICE-Strecken und repräsentative Großstadtbahnhöfe (Hauptbahnhof Berlin und das Wahnsinnsprojekt Stuttgart 21) gesteckt. Die Bahn gehört dem Bund, also uns allen – die Bundesregierung muß dafür sorgen, daß sie unseren Interessen und nicht Kapitalinteressen dient. Das Spitzenmanagement muß komplett ausgetauscht werden, dort gehören Fachleute hin und nicht Luftfahrt- und Automanager, Juristen und Betriebswirte. Die Beschäftigten müssen mehr Rechte bekommen, ihre Arbeitsbedingungen mitzubestimmen. Die Regierung muß darauf verzichten, ihre Kasse mit Bahndividenden aufzufüllen. Im Öffentlichen Personenverkehr hat wie

im Gesundheitswesen oder bei der Energie- und Wasserversorgung das Profitprinzip nichts zu suchen, stattdessen gehört all das unter demokratische Kontrolle. Gernot Linhart



[news.dkp.de](http://news.dkp.de) / [dkp-giessen.de](http://dkp-giessen.de)

# Vor den Wahlen - nach den Wahlen

Das Kapital und die „Springer“-Presse haben beschlossen, dass Frau Merkel es weiter machen soll. Nicht dass man da nicht auch mit Herrn Steinbrück könnte, aber mit Angela arbeitet man schon so lange reibungslos zusammen. Und so jubelt es im Blätterwald: „Die Erholung der Euro-Zone steht unmittelbar bevor“, „Staat im Milliardenplus“, „Kommunen, Länder und Sozialkassen mit Überschuss“ und so weiter in dieser Tonlage. Nach einer Schätzung für den Euro-Raum soll im zweiten Quartal das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,3 Prozent gestiegen sein. Wir können auf Zahlen hier nicht weiter eingehen, nur soviel: Ist das Niveau erst tief genug gesunken, sind Zuwachsraten leicht zu haben. Selbst Griechenlands Industrieproduktion ist im Juni um 2,5 Prozent gewachsen - allerdings ging es vorher um 30 Prozent bergab.

An der strukturellen Europäischen Krise mit explodierenden Arbeitslosenzahlen und Schulden hat sich nichts geändert. In Bad Banks ausgelagerte Schulden sind keine beglichenen Schulden. Die deutschen Steuerzahler stehen schon jetzt für 122 Milliarden Euro gerade. Europas Banken, die deutschen eingeschlossen,

haben noch jede Menge fauler Kredite in ihren Bilanzen. Trotz wirtschaftlicher Belebung wachsen die Schulden Spaniens und Irlands weiter, die Lage in Portugal und Zypern ist angespannt. Die jetzige Krise erfasst nun auch die Schwellenländer, so dass die EU weniger dorthin exportieren kann.

Gerade in Deutschland, das von der Krise erst für alle sichtbar erfasst wird, wenn die anderen EU-Länder sich unsere Waren nicht mehr leisten können, wird die jetzige Krise in ihrer Länge und Tiefe zumeist verkannt. Sie ist global, sie erfasst auch die USA und Japan, und dauert bereits seit 2008 an. Im Kapitalismus läuft nichts mehr, wenn die Zentralbanken nicht kontinuierlich Geld in den Wirtschaftskreislauf pumpen. Ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bedeutete früher einen Zuwachs an Wohlstand. Heute bedeutet er vor allem einen Zuwachs an Schulden. Rechnet man die staatlichen Kreditspritzen für den Zeitraum 2000 bis 2012 heraus, sinkt die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 1,3 Prozent auf mickrige 0,1.

Vor den Wahlen versprechen die herrschenden Parteien dem Volk Wohltaten.

Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert. Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, 1848.

Gleichzeitig ließ Finanzminister Schäuble unter strikter Geheimhaltung in seinem Ministerium Vorschläge ausarbeiten, um in den nächsten Jahren die Steuern drastisch zu erhöhen und die Sozialleistungen zu kürzen. So schlugen Schäubles Ministerialen vor, den heutigen ermäßigten Steuersatz für Lebensmittel, Bücher, Straßenbahnfahrten u. a. m. auf 19 Prozent zu erhöhen. Die Leistungen von Gesundheitsfonds und Rentenkasse sollen gekürzt werden; die Dauer des Rentenbezugs müsse „an die Lebenserwartung gekoppelt werden“, d. h. arbeiten über 67 hinaus. So geht es in Schäubles Grausamkeitsliste munter weiter. In Abwandlung von Schillers „Wallenstein“ möchte man sagen: Vor der Wahl las man's anders. Klaus Mewes

## Atypische Jobs in Gießen-Frauen sehr stark betroffen

Nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung vom 28.09.2012, sind in der Stadt und im Landkreis Gießen 70% der Beschäftigungsverhältnisse von Frauen atypisch. Das bedeutet, dass 7 von 10 Frauen entweder befristet, per Leiharbeit, in Teilzeit oder über einen Minijob in einem vertraglichen Beschäftigungsverhältnis stehen. Bei den Männern sind es 30%.

Dass Frauen zur unterprivilegierten Verfügungsmasse des Kapitals in diesem Land zählen, wissen wir schon auf Grund der Tatsache, dass sie im Durchschnitt 23% weniger Lohn für dieselbe Tätigkeit erhalten als Männer. Aber gerade am Beispiel von atypischer Arbeit zeigt sich die enorme Ungleichbehandlung von Frauen und Männern. In der Praxis sieht das dann oftmals so aus, dass gerade

alleinerziehende Mütter, die zumeist soziale und finanzielle Probleme haben, gezwungen werden, jede Arbeit anzunehmen nach dem Motto: Vogel, friss oder

nach, um mit ihren Kindern einigermaßen über die Runden zu kommen und sich den erniedrigenden Mechanismen bei den Arbeitsagenturen nicht unterwerfen zu müssen.

Manche Frauen versuchen schon seit Jahren aus der Teilzeit raus zu kommen und andere wiederum in die Teilzeit rein zu kommen. Hier wird der gesamtgesellschaftliche Irrwitz dieses kapitalistischen Systems nur allzu deutlich! Die Emanzipation, das heißt, die Befreiung der Frau, ist nicht im Rahmen einer auf Ausbeutung beruhenden Gesellschaft zu verwirklichen. Voraussetzung dafür ist eine sozialistische Gesellschaft, **"in der die freie Entwicklung**

**eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist"**. (Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei 1848)

Mirko Düsterdieck



stirb. Hier wird aus der Not der Frauen eine kapitalistische Mehrwert-Tugend gemacht.

Nicht wenige Frauen gehen noch einer zweiten oder gar dritten Beschäftigung

# BI fordert: Kein Zaun um den Schwanenteich!

Aus einer Pressemitteilung der BI „Stoppt diese Landesgartenschau“



Trotz einhelliger Ablehnung der großen Mehrheit der Gießener Bevölkerung wurde mit der Zuschüttung der Unterführung Ostanlage begonnen. Foto: Etwa 250 Menschen, darunter Mitglieder der BI, demonstrierten am 31.7.

Es wird jetzt schon deutlich, dass die gesteckten Ziele nicht erreicht werden. Da man sich - aus der Not geboren - nun fast gänzlich auf die Wieseckau konzentriert und dort versucht, ein Naherholungsgebiet mit völlig überzogenen Maßnahmen (sowohl finanziell als auch architektonisch) aufzubereiten und die drei Verbindungs-Korridore auch nur noch Minimal-Aufwertungen bekommen, wird die allseits beworbene Image-Verbesserung dieser Stadt ausbleiben.

Und wenn nun zu erkennen ist, dass ver-

zweifelt nach einem Gartenschau zu Gartenschau ziehen, ihre Monopol-Stellung ausnützen, indem sie ihr Bedienpersonal mit Hungerlöhnen abfinden, während man den Besuchern Speisen und Getränke zu überzogenen Preisen bietet.



Wenn nun in den nächsten Wochen durch die Einzäunung das sogenannte 'Bezahlgelände' in der Wieseckau endgültig der Bevölkerung entzogen wird, wird hoffentlich auch dem letzten deutlich, welchen Stellenwert dieses Naherholungsgebiet für Anwohner und Besucher hat und welchen Verlust der Entzug dieses Areals für die Öffentlichkeit bedeutet.

Daher fordern wir den Magistrat der Stadt Gießen jetzt auf, ein Signal des Entgegenkommens

zu setzen und den Schwanenteich aus der LGS-Umzäunung auszuklammern und seine Zugänglichkeit in vollem Umfang auch während der Gartenschau für jedermann/-frau sicherzustellen, bevor auch hier wieder Tatsachen geschaffen werden.

Da kann niemand mehr sagen, die lügen wie gedruckt!!



Betreiber der Gastronomie innerhalb des Bezahl-Geländes in der Wieseckau gesucht wird, ist auch hier absehbar, wo die Reise hinführt.

Es wird letztlich ein Groß-Caterer das Rennen machen, der entsprechende Erfahrungen mit solchen Events vorweisen kann. Medien-Berichte der vergangenen Wochen und Monate machen deutlich, dass diese Caterer, die wie Heuschrecken von

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 15 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: [dkp@dkp-giessen.de](mailto:dkp@dkp-giessen.de). Im Internet: [www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de)

Ich möchte:

O das Gießener Echo abonnieren

O das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:.....

Adresse: .....

e-mail: .....



# Griechenland: der Kapitalismus zeigt seine wahre Fratze

Seit drei Jahren wird Griechenland von der Troika zu den schärfsten Kürzungen gezwungen, die es jemals für ein Land in Europa gab. Hier soll ein Exempel statuiert werden: wie weit kann man gehen? Die Folgen für das griechische Volk sind jetzt schon verheerend:

Massenentlassungen, Lohn- und Rentenkürzungen, massive Erhöhung der Mehrwertsteuer von 13 auf 23%, Abbau arbeitsrechtlicher Standards, Gewerkschaften dürfen erst wieder Tarifverhandlungen führen, wenn die Arbeitslosigkeit unter 10% gesunken ist usw. usw. Aber das griechische Volk wehrt sich, Massendemonstrationen, mehrere Generalstreiks und teils monatelange betriebliche Streiks konnten zwar die Spardiktate nicht verhindern, aber diese Kämpfe sind eine gute Schule im Klassenkampf. Die Arbeiterklasse macht ihre notwendigen Erfahrungen, sie lernt zwischen Freund und Feind zu unterscheiden, und sie wird sich nach und nach

ihrer Kraft bewusst. Der seit Mitte Februar selbstverwaltete Betrieb „Vio.Me“ macht auch in der Praxis deutlich: es liegt einzig daran, in wessen Händen sich die Produktionsmittel befinden; für die Produktion (und die Verwaltung) ist die Kapitalistenklasse überflüssig.

Neben den Kämpfen der Arbeiterklasse gibt es zahlreiche Selbstorganisationen der Massen in Griechenland. Nachbarschaftskomitees in vielen Stadtteilen, selbstverwaltete Gesundheitszentren, Organisation von Volksküchen, Schaffung von Bildungs- und Kulturangeboten und einiges mehr.

Welchen Weg die griechischen Massen kurzfristig weiter gehen werden, das ist noch nicht entschieden. Ob der zersetzende Einfluss von Reformisten weiter an Bedeutung verliert und sich die revolutionären Kräfte durchsetzen, darüber werden die Massen selbst entscheiden.

**Internationale Solidarität:**

Anfang d. J. wurde in Gießen das „Grie-

chenland-Solidaritäts-Komitee“ gegründet. Mittlerweile ein fester Stamm von 10 Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, die sich die internationale Solidarität auf die Fahne geschrieben haben. Im aktuellen Info-Blatt heißt es: „Wir wollen deshalb konkrete Projekte der Stadtteilgruppen in Griechenland organisieren. Wir wollen aber auch über die barbarische Politik der Troika informieren und den Widerstand dagegen organisieren“. Dabei ist den Kolleginnen und Kollegen bewusst, dass es hier vor allem um den Widerstand im eigenen Land geht!

Das „Griechenland-Solidaritäts-Komitee“ ist für mich persönlich das wichtigste Bündnis, das ich in Gießen kenne, bei dem es um die Organisation der internationalen Solidarität in der Arbeiterbewegung geht.

Stefan Walther

**Näher Informationen und Kontaktadresse:** [ulrike.eifler@dgb.de](mailto:ulrike.eifler@dgb.de)

---

## Leserbriefe

**Die Renten** in Deutschland haben seit 2004 deutlich an Kaufkraft verloren. Die Rentnerinnen und Rentner im Westen können sich von ihren monatlichen Bezügen heute fast 12% weniger leisten als noch vor der Rentenreform unter Rot/Grün. Für den Osten beläuft sich dieser Verlust auf 8%. Eine Kehrtwende ist das Gebot der Stunde um den Werteverfall der Altersbezüge zu stoppen. Es wird oft so getan, als seien die Rentenkraftverluste das Ergebnis einer zwangläufigen Entwicklung. In Wirklichkeit sind die mageren Rentenanpassungen der letzten Jahre durch SPD, Grüne CDU, FDP politisch gewollt. Das gilt übrigens auch für die die Leistungen für Asylbewerber!  
Kurt Venohr (81 Jahre)

**Der neue Mensch** und die große Lüge. Egoistisch sei der Mensch und darum müsse er geformt werden. Solche Ideen werden ganz Rechts und ganz Links nachgesagt. Nachgesagt und gleichzeitig davor gewarnt. Der Mensch soll so bleiben wie er ist, damit sich für einige Nutznießer an der für sie komfortablen Situation nichts ändert. Natürlich wird das so offen nicht publiziert, man faselt irgendetwas von der Freiheit der Menschen u. ä. Tralala. - Und genau hier

beginnt die große Lüge. Wie oft werden in diversen Magazinen oder TV Menschen vorgeführt, die verkünden dürfen, wie stolz und glücklich sie seien, weil sie jetzt arbeiten dürften, also wieder „dazu gehörten“. Auch wenn sie kaum etwas für ihre Arbeit bekämen. Eine Ministerin erdreistete sich sogar, etwas von zurückerhaltender Würde zu schwadronieren. Vor dem neuen Menschen muss keiner mehr warnen, er läuft schon lange vom Band. Menschen in Roboterfunktionen, erdacht und erschaffen von der Einheitspartei CDUCSUSPDFDPGRÜNE. - Und das scheint ihnen nicht zu genügen. Warum sonst hätte die Einheitspartei nicht den Bürgern diese Schuldenbremse mit eingebauter Selbstabsolution für weitere Sozialkürzungen unter die Westen gebubelt? Wäre Zeit sich langsam mal Gedanken zu machen. Im September sind Wahlen. Wolfgang Seibt

**Herzlich willkommen!** Die zunehmenden Auftritte des faschistischen Pöbels sind geprägt von Haßparolen und ausländerfeindlichen Sprüchen. Es ist unglaublich erschreckend, daß solche Leute ihre unmenschlichen, intoleranten und sachlich falschen Sprüche ablassen dürfen. In unserem Land leisten ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger einen entscheidenden wirtschaftlichen

und sozialen Beitrag als Steuerzahler und Beitragszahler für die Sozialversicherung und besonders als Mensch; und ihre Bedeutung wird aufgrund der Bevölkerungsentwicklung weiter zu nehmen. Also herzlich willkommen aus Nah und Fern.  
Falk Moldenhauer

**DDR + Demokratie:** In der Ausgabe von August 2013 beschreiben Sie im Artikel „Die Demokratie schafft sich ab“ (S. 5), wie die Bspitzelung der US-Geheimdienste, unter Beihilfe deutscher Institutionen, das Grundrechte der Privatsphäre beschneiden. Sie befürchten (?) an dieser Stelle die Abschaffung der Demokratie. Dass dies ein wichtiges und diskussionswürdiges Problem darstellt, ist eindeutig. Diskussionswürdig ist jedoch auch die Tatsache, dass Sie zwei Seiten danach einen verklärenden Nachruf an die Deutsche *Demokratische* Republik abdrucken, deren zweites „D“ eine Farce war. Was „das alltägliche Leben der Menschen in der DDR ausmachte“ (S. 7), waren sicherlich nicht „Modezeitschriften“ und „Eisenbahn-Uniformen“ (S. 7), sondern ein permanentes Gefühl der Unterdrückung durch den „Überwachungsstaat“ (S. 5). Mir eröffnet sich nun die Frage, wie stehen Sie eigentlich zur Demokratie? Als Kommunisten?  
Rafael Jurewicz

# Wahlauftritt der DKP Hessen zu den Landtagswahlen

Bei den Landtagswahlen im September wird es darum gehen, dem reaktionären Kurs der CDU-geführten Landesregierung eine Abfuhr zu erteilen. Die Missstände und Skandale – Privatisierung der Uni-Kliniken, Korruption und Vertuschung bis zum brutalen Polizeieinsatz bei Blockupy am 1. Juni – sind durch die Ablösung des Systems Koch durch das Bouffiers nicht geringer geworden.

Aber es gab durchaus erfolgreiche Gegenwehr in außerparlamentarischen Bewegungen und Kämpfen.

Genannt seien nur zwei herausragende Beispiele. Die geplante Verschlechterung in Kindergärten und -horten (KiföG) musste durch das Aufbegehren der betroffenen Erzieherinnen, Erzieher und Eltern wenigstens in Teilen (Einstellung von fachfremdem Personal) zurückgenommen werden.

Die Schulzeitverkürzung mit der Einführung von G8 (Abitur nach 8 Jahren, vorher und jetzt wieder nach 9 Jahren) wurde durch Schüler, Eltern und ihre gewählten

Vertretungen zurückgeschraubt. Landesschülerrat, Elternvertretungen und GEW zogen an einem Strang. Immer weniger Schulen führen weiterhin G8 durch.

Die CDU/FDP-Regierung zeigte Druckempfindlichkeit gegenüber Menschen, die ihre Interessen selbst wahrnehmen und auf die Straße gehen.

Flankierend unterstützte die einzige echte Opposition im Landtag, die Partei DIE LINKE, die Interessen der sich wehrenden Bürger und Bürgerinnen in Hessen. Als einzige Partei im Landtag engagierte sie sich gegen die Verankerung der Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung, die nun als Grundlage für restriktive Sparmaßnahmen und „Schutzschirme“ genommen wird. Für Menschen, die für ihre Interessen auf die Straße gehen, ist diese Partei die einzige Chance, im Parlament ihre Belange vertreten zu sehen.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten würden es als einen entscheidenden Verlust sehen, wenn die Partei DIE LIN-

KE nicht mehr im Hessischen Landtag vertreten wäre. Wir gehen dabei auch davon aus, dass die Partei DIE LINKE als einzige Oppositionspartei im Hessischen Landtag dieser Verantwortung gerecht wird und nicht mit Vertretern von Parteien, die Kriegs- und Austeritätspolitik (Hartz IV) betreiben, gemeinsame Sache macht. So erwarten wir, dass sie weder eine Koalition mit SPD/Grünen eingeht, noch eine solche duldet.

Wir erwarten, dass sie sich weiter dem Abbau sozialer und demokratischer Rechte entgegen stellt, antifaschistische und antimilitaristische Aktionen weiter unterstützt oder initiiert und sich für ein striktes Nachflugverbot und gegen Fluglärm einsetzt.

Die DKP Hessen ruft deshalb bei diesen Landtagswahlen dazu auf, die Partei DIE LINKE zu wählen. DIE LINKE wählen muss heißen, auch in Zukunft einen verlässlichen Partner bei außerparlamentarischen Kämpfen und Bewegungen an der Seite zu haben.

## Prekäres Leben, prekäre Arbeit, prekäre Zukunft

Das Fototeam ver.di Hessen hat das Thema prekäres Leben, prekäre Arbeit, prekäre Zukunft in Bilder umgesetzt. Menschen, ohne, aber auch immer öfter mit guten Qualifikationen kommen über befristete Arbeitsverhältnisse, Kindererziehung, Trennung, Arbeitslosigkeit, Krankheit in eine Spirale, deren Weg direkt nach unten weist. Hartz IV, Minijobs, Zeitarbeit, Zwangsumzug in eine kleinere Wohnung, Schulden, Zukunftsängste, Aufstockung des Gehalts, entwürdigende Stundenlöhne sind mittlerweile Alltag in Deutschland. All dieses zeigt die Foto-

ausstellung auf erschreckende Art und Weise. Sie zeigt, dass es an der Zeit ist,



an dieser menschenverachtenden Politik etwas zu verändern. Die Ausstellung noch bis 13.9.13 im Foyer des DGB-Hauses zu sehen.

**Widerstand gegen Hartz IV**  
montags 18 - 19 Uhr, bei den 3 Schwätzern

## Quizfrage des Monats

Frage: Was unterscheidet NSA (USA), GCHQ (England), BND (BRD)... von OB Grabe-Bolz und Bgm. Weigel-Greilich?

Antwort: NSA/GCHQ/BND... sind BÜRGERNAH und immer dicht am Volk.

**Wetzlar: Veranstaltung zum Bebel-Jahr**  
der DKP Lahn-Dill und der Linkspartei Lahn-Dill:  
**Weniger Hirn - mehr Panzer - 150 Jahre SPD (-Geschichte)**  
**Freitag, 13. Sept., 19 Uhr (Einlass: 18.30 Uhr), im Nachbarschaftszentrum Wetzlar-Niedergirmes, Wiesenstr. 4,**  
Es referieren - nicht streng ans Thema gebunden:  
**Patrik Köbele**, Parteivorsitzender der DKP und  
**Hermann Schauss**, MdL der Partei DieLinke, Hessen  
Im Anschluß eine Revue mit **Erich Schaffner u. Georg Klemp**

Eintritt: 8 €/  
erm. 4 €

**Wir bitten um Spenden**  
**Gießener Echo**  
Konto Nr. 193070,  
BLZ 51350025  
Sparkasse Gießen  
- und bedanken uns bei allen Spendern.

Redaktionsschluß für das  
Okt.-Echo: Mi., 25.9.13